

Landtagswahlkampf 2022: Politik muss jetzt liefern!

Die Politik muss jetzt liefern. Die Spitzenkandidaten stehen fest, nun müssen sie in der Sache konkret werden. Private Eigentümer und Vermieter brauchen jetzt im beginnenden Wahlkampf eine vernünftige Antwort auf die Frage, warum sie eine Partei noch wählen sollen. Denn es macht sich mehr und mehr Wählerverdrossenheit breit. Darauf weist jetzt Haus & Grund Niedersachsen hin. Der Landesverbandsvorsitzender Dr. Hans Reinold Horst (Foto) ergänzt: Mit Leerformeln wie „fair, gerecht, nachhaltig, klimaneutral“ kommen wir nicht weiter.



Auch „grüner Wohnungsbau“ muss bezahlbar bleiben. Klimaschutz ist wichtig, aber kein Selbstzweck und schon gar keine Monstranz, die man unreflektiert vor sich

herträgt. Auch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft muss einen Bau genauso rechnen können wie private Investoren, und kann deshalb ebenfalls keinen bezahlbaren Wohnraum garantieren, wie Haus & Grund Niedersachsen weiter ausführt. Denn Fakt ist: Die Materialknappheit am Bau wird

immer dramatischer, die Baupreise steigen ins Unermessliche, Handwerkertermine sind kaum mehr zu bekommen und schon gar nicht mehr verlässlich planbar. Dafür wird immer weiter gegen die Vermieter und gegen die Mietpreise gehetzt. Wer aber keine Mittel mehr erwirtschaftet, der kann auch nicht investieren. Von Rendite ist am Wohnungsmarkt schon lange keine Rede mehr!

Haus & Grund Niedersachsen hat deshalb für die vertretenen privaten Eigentümer gerade im Wahlkampf konkrete Fragen an die Spitzenkandidaten und die von ihnen vertretenen Parteien und Fraktionen: Welche Mittel hat die Politik zur Eindämmung der Baupreise? Wie wird sie zukünftig auf Landesebene mit den Mieten

umgehen? Welche Anreize (Fördertöpfe, Steuererleichterungen und Nachlässe bei der Grunderwerbsteuer zumindest für Ersterwerber / Selbstnutzer) werden zur Bautätigkeit für private Eigentümer und Vermieter geschaffen? Wie geht sie mit den explodierenden Energiekosten um und wie „fair und gerecht“ will sie diese Kosten auf Eigentümer und Mieter verteilen? Werden die überkommenen und ungerechten Straßenausbaubeiträge vom Land endlich abgeschafft?

Welche Lösungen bieten Kandidaten, Parteien und Fraktionen für das private Grundeigentum? Sie werden sich an den Antworten messen lassen müssen - durch die Wählerbeteiligung und durch das Wahlverhalten unserer Bürgerinnen und Bürger.

SPD-Politiker unterstützen Dachbodenausbau

Es ist eine unendliche Geschichte! Seit sieben Jahren versucht unser Mitglied Sylvia Maaß ihren 300 Quadratmeter großen Dachboden in einem Mehrfamilienhaus in der List auszubauen – sie möchte dort bezahlbare Studentenapartments errichten. Doch bis heute hat sie aus unterschiedlichen Gründen keine Baugenehmigung von der Stadt bekommen (die WohnArt berichtete).



Beim Ortstermin: Architekt Ralf Abraham, Lars Kelich, Rainer Beckmann, Eigentümerin Sylvia Maaß, Adis Ahmetovic (v.l.).

Jetzt kommt Bewegung in das Projekt. Denn nach einem Besuch bei HAUS & GRUNDEIGENTUM hatten der SPD-Bundestagsabgeordnete und Parteivorsitzende in Hannover, Adis Ahmetovic, und der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Lars Kelich in dem Fall Unterstützung angeboten. Kürzlich fand ein Ortstermin statt.

Und beide Politiker waren beeindruckt, konnten die Verweigerungshaltung der zuständigen städtischen Behörden nicht nachvollziehen. Ahmetovic: „Der Dachboden sieht für Apartments wie geschaffen aus! Ich sehe nicht ein, dass das Projekt nicht realisierbar sein soll.“

Zustimmung bekam er vom Kollegen Kelich: „Wir wollen Wohnraum schaffen und Dachböden ausbauen. Dann muss man erwarten, dass sich alle um optimale Lösungen bemühen.“ Beide sehen das Problem, dass Verwaltungsprozesse in Hannover optimiert und

vereinfacht werden müssen. Einen Vorschlag zur künftigen Erleichterung für Eigentümer beim Thema Dachbodenausbau machte Rainer Beckmann, Vorstandsvorsitzender von HAUS & GRUNDEIGENTUM: „Es sollte ein Bürgeranwalt im Rathaus installiert werden, der mit den Themen vertraut ist und unabhängig von Verwaltungsinstanzen Schwachpunkte aufklärt.“ Auch ehrenamtlich tätige Ratsmitglieder sollten über diesen Weg die Chance eröffnet bekommen, effektiv auf kommunale Genehmigungsprozesse einwirken zu können. Beide Politiker versprachen mit ihren Möglichkeiten die Chancen für Dachausbaugenehmigungen innerhalb der Verwaltung zu forcieren, und sie als Vorbild für künftige Vorhaben zu nehmen. *Michael Nicolay*